



Bremens Rekord-Rutsche

Sie soll die längste Deichrutsche der Welt sein – das sagen die Organisatoren des Rutschvergnügens am Habenhauser Deich in Bremen. Am Donnerstag nutzten rund 300 Kinder – und auch Erwachsene – die Gelegenheit, sie auszuprobieren. Und sie hatten sichtlich großen Spaß dabei. FOTO: FRANK THOMAS KOCH **Bericht Seite 7**

Sieling warnt vor finanziellem Kollaps

Bürgermeister drängt Bund zu mehr Beteiligung an Flüchtlingskosten: Schuldenbremse sonst nicht einzuhalten

VON SILKE HELLWIG

Bremen. Der Flüchtlingsstrom ist nicht nur eine humanitäre Katastrophe, sondern könnte sich auch zu einer finanziellen auswaschen – besonders für ein Haushaltsnotland wie Bremen. Bürgermeister Carsten Sieling hat davor gewarnt, dass Bremen die Schuldenbremse nicht einhalten könne, wenn der Bund sich nicht stärker an den Kosten für die Unterkunft und Versorgung von Flüchtlingen beteiligt. Sielings Vorschlag: Der Bund soll generell die Kosten für Unterkunft und Sprachförderkurse für alle Flüchtlinge übernehmen, die länger als ein Jahr in Deutschland sind. „Das sind die Menschen, die hier bleiben und hier arbeiten werden. Ihnen gegenüber haben wir eine besondere Verpflichtung, der müssen wir auch entsprechen.“

Die zusätzlichen Kosten für Asylsuchende belaufen sich in Bremen in diesem Jahr auf eine Summe in dreistelliger Millionenhöhe. Im Mai wurden die Ausgaben für 2015 bereits auf knapp 125 Millionen Euro geschätzt. Die im Juni angekündigte Hilfe des Bundes von einer Milliarde Euro für Länder und Kommunen reiche bei Weitem

nicht, so der Bürgermeister weiter: Zum einen sei die Zahl der Flüchtlinge weiter gestiegen, zum anderen, sagt der Sozialdemokrat, müsse eine dauerhafte Kostenaufteilung anstelle von Einmalzahlungen treten. Nach Recherchen der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ werden die Ausgaben der Länder für die Versorgung von Flüchtlingen im laufenden Jahr auf rund zehn Milliarden Euro steigen. Zugrunde gelegt sind die neuen Schätzungen, die Bundesinnenminister Thomas de Maizière am Mittwoch präsentiert hat. Danach ist in diesem Jahr bundesweit mit rund 750 000 Flüchtlingen zu rechnen.

Bereits im Juni wurde beschlossen, so ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums, dass sich der Bund von 2016 an „strukturell, dauerhaft und dynamisch“ an den Kosten beteilige. Es sei nicht einfach, einen Schlüssel zu finden, der allen Beteiligten gerecht werde. Die Finanzverfassung lasse es nicht zu, dass der Bund Sachleistungen der Länder finanziere, wozu beispielsweise Unterkünfte und Kleidung zählten. Auch Geldleistungen wie Taschengeld dürfen nur zur Hälfte vom Bund bezahlt werden. Das Problem bei einer Lösung

über die Verteilung der Umsatzsteuer sei, dass eine dynamische Anpassung – finanzielle Hilfe je nach Flüchtlingszahl – bürokratisch kaum zu bewältigen sei. „Momentan wird nach einer rechtssicheren Formel gesucht. Die Gespräche dazu laufen“, so der Sprecher. „Dass Bremen in einer schwierigen Situation ist, ist schon lange anerkannt.“ Eine Sonderlösung könne es trotz der außerordentlichen finanziellen Lage nicht geben – das sei rechtlich vollkommen unmöglich.

Der Bremer Finanzwissenschaftler Rudolf Hinkel unterstützt den Vorstoß Sielings: „Der Notruf ist völlig berechtigt.“ Bremens Ausgaben stiegen schließlich, ohne dass das Land darauf irgendeinen Einfluss hätte. „Wir werden finanziell völlig überrollt.“ Das Grundgesetz und die Bremische Landesverfassung würden besondere Notlagen anerkennen, die zu einer höheren Verschuldung und damit zum Verstoß gegen die Auflagen der Schuldenbremse führten. Dazu zählen nicht nur konjunkturelle Einbrüche, sondern laut Gesetzestext auch „Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche

Finanzlage erheblich beeinträchtigen“. Um eine solche Notsituation handele es sich – vor sechs Jahren, als die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert wurde, war der Flüchtlingsstrom nicht absehbar.

Auch die Asylverfahren müssen laut Sieling deutlich beschleunigt werden. Nicht etwa zögerliche Abschiebungen in Bremen verschärften die finanzielle Situation, sondern die Dauer der Verfahren auf Bundesebene. Um die 80 bis 90 Prozent der Anträge von Asylsuchenden seien noch nicht entschieden, weil das Bundesamt des Ansturms nicht Herr werde. „Eine Beschleunigung der Abschiebung wäre bei der derzeitigen Lage nur ein Tropfen auf den heißen Stein.“ Ihm liege weiterhin daran, Bremens Schulden zu begrenzen, betont Sieling: „Wir quälen die Bremerhavener nicht umsonst bei ihren Lehrern und Polizisten. Wir quälen uns nicht umsonst mit Entscheidungen zu Schulen, die wir nicht erweitern oder nicht bauen. Wir wollen die Schuldenbremse auf jeden Fall einhalten. Deshalb spreche ich das jetzt auch an. Ich möchte mir später nicht nachsagen lassen, wir hätten die Risiken nicht rechtzeitig erkannt und Fehler gemacht.“ **Kommentar Seite 2**

Brasilien sagt mehr Klimaschutz zu

Brasília. Brasiliens Staatspräsidentin Dilma Rousseff will wie die G7-Industriestaaten einen schrittweisen Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas einleiten. Wenn die Erderwärmung auf zwei Grad begrenzt werden soll, müsse dies bis 2100 geschafft werden, sagte sie am Donnerstag in Brasília zum Abschluss der ersten deutsch-brasilianischen Regierungskonsultationen. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wertete das Bekenntnis des fünftgrößten Landes der Welt als wichtiges Signal, um beim Klimagipfel im Dezember in Paris eine Einigung auf einen Weltklimavertrag zu schaffen. Die Präsidentin versprach zudem, die Regenwaldabholzung im Amazonas-Gebiet bis 2030 auf null zurück zu fahren.

Merkel sieht zudem ein „Momentum“ für ein Freihandelsabkommen mit Brasilien und weiteren Staaten Südamerikas – das könnte deutschen Unternehmen neue Märkte erschließen. Rousseff kündigte einen Vorschlag bis Ende des Jahres an. „Brasilien ist jetzt hier sehr ambitioniert“, sagte die Kanzlerin angesichts der neuen Dynamik für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur. Seit 1999 verhandeln EU und Mercosur über Freihandel und den Abbau von Zollschränken. Mit Blick auf die rund 1400 in Brasilien tätigen deutschen Unternehmen mahnte Merkel verlässliche Bedingungen an. Sie kündigte die nächsten Regierungskonsultationen für 2017 in Berlin an. **Standpunkt Seite 2**

VERMISCHTES

Spekulationen über Zug mit Nazi-Schätzen 6

Schatzfieber in Niederschlesien. Zwei Männer haben angeblich einen unterirdisch versteckten Zug mit Nazi-Schätzen aus dem Zweiten Weltkrieg entdeckt. Medien spekulieren über Gold und Diamanten.

BREMEN

Richard Oetker eröffnet Ausstellung über Opfer 8

Mit den Tabuthemen „Häusliche Gewalt“ und „Sexueller Missbrauch“ befasst sich die Ausstellung „Opfer.“ in der Unteren Rathausgalerie. Eröffnet wird sie von Richard Oetker, selbst Opfer eines Gewaltverbrechens.

WIRTSCHAFT

Nordsee zieht es ins Supermarkt-Kühlregal 17

Das Bremerhavener Gastro-Unternehmen Nordsee will weiter wachsen. Dafür legt der Restaurantketten-Betreiber eine groß angelegte Werbekampagne an und will in die Kühlregale der Supermärkte einziehen.

KULTUR

Bremer Nachwuchsautor startet durch 20

Für Janko Marklein geht ein Jugendtraum in Erfüllung: Heute erscheint sein Debütroman „Florian Berg ist sterblich“. Das Besondere: Der gebürtige Bremer ist erst 27 Jahre alt. Im Interview spricht der Nachwuchsautor über das Buch, LAN-Partys in der Jugend und seine Zukunft als Schriftsteller. Der Philosophie-Student sagt: „Das soll nicht das letzte Buch bleiben.“



Tsipras tritt zurück

Athen. Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras ist zurückgetreten und will damit den Weg für Neuwahlen ebnen. Dies sagte der Chef des Linksbündnisses Syriza am Donnerstagabend in einer TV-Ansprache. Wahrscheinlicher Wahltermin ist der 20. September, wie Regierungskreise mitteilten. Tsipras hat seit Januar in einer Koalition mit der rechtspopulistischen Anele Partei die Regierung geführt. Staatspräsident Prokopis Pavlopoulos nahm das Rücktrittsgesuch an. Gemäß der Verfassung übernimmt nun eine Interimsregierung unter Leitung eines der höchsten Richter die Amtsgeschäfte bis zu den Wahlen.

Tsipras strebt bei den Neuwahlen nach eigenen Worten ein neues, „starkes“ Regierungsmandat an: Jetzt, wo das neue milliardenschwere Hilfspaket unter Dach und Fach sei, wolle er gestärkt mit den internationalen Geldgebern über eine Umstrukturierung des Schuldenbergs verhandeln. Zudem verfolgt er aus Sicht von Beobachtern auch das Ziel, mit den rund 40 Abweichlern in seiner Syriza-Fraktion abzurechnen, die sich bei Parlamentsabstimmungen über Spar- und Reformauflagen mehrfach gegen seinen Kurs gestellt hatten.

Zuvor hatte Athen die ersten 13 Milliarden Euro aus dem dritten Hilfsprogramm der Euro-Partner erhalten und damit Schulden in Höhe von 3,4 Milliarden Euro bei der Europäischen Zentralbank beglichen. Das Gesamtvolumen des Pakets beträgt bis zu 86 Milliarden Euro. **Bericht Seite 5**

Reden, reden!



Norbert Pfeifer über Egon Bahrs Erbe

Er war kein Mann großer Worte, agierte eher im Hintergrund, und Eitelkeit war ihm völlig fremd. Dennoch schrieb Egon Bahr Geschichte. Mit seiner Formel „Wandel durch Annäherung“ prägte er die Ost- und Entspannungspolitik unter Willy Brandt. Bahrs Ansatz war dabei radikal neu: Nur wer die Realität schonungslos akzeptiert, kann sie verändern. Und Veränderungen sind nur langfristig und in kleinen Schritten zu erreichen. Auch wenn viele diesen Ansatz für naiv hielten – die Entwicklung gab ihm recht.

Bis zuletzt ließ Bahr sein Lebens-thema nicht los, das Verhältnis des Westens zu Moskau, das sich in den vergangenen Jahren im Zuge der Ukraine-Krise so sehr verschlechtert hat. Noch vor vier Wochen warnte er eindringlich vor einem neuen Kalten Krieg. Ihn beunruhigte, dass immer mehr Staatenlenker statt auf Annäherung auf Konfrontation und Distanz setzen.

Doch sind die Reize dieses großen Sozialdemokraten aus dem vorigen Jahrhundert auch heute noch brauchbar? Gewiss lassen sie sich nicht eins zu eins übertragen. Aber Bahrs Grundgedanke ist nach wie vor richtig: Nur wer im Gespräch bleibt, kann etwas ändern. Dies gilt weiter, auch wenn man nicht alle Forderungen Bahrs teilen muss. So verlangte er ein Ende der Sanktionen gegen Russland. Klug eingesetzte Sanktionen und Gespräche schließen sich aber nicht aus – sie können zwei Seiten einer Medaille sein.

Was keinen Ausweg bietet: Ganz auf Strafen und militärische Drohungen setzen. In Europa wie in den USA wird derzeit um die richtige Strategie gerungen: Das Pentagon fordert militärische Stärke, das Außenministerium Pragmatismus, wozu auch Präsident Obama neigt. Er lobt ausdrücklich die Rolle Moskaus bei den jüngsten Verhandlungen über Irans Atomprogramm. Im schwankenden Europa könnte Berlin eine Vermittlerrolle einnehmen. Genau das hat Bahr bei seinem letzten Besuch in Moskau Ende Juli gefordert.

Wer Verhältnisse ändern will, braucht Geduld. Es wird weiter ein Auf und Ab geben. Das ist Bahrs Vermächtnis. Auch mal den eigenen Standpunkt überdenken und gegebenenfalls korrigieren – das hat er nicht zuletzt selbst getan: Vom „Kalten Krieger“ der 50er-Jahre, so seine Selbsteinschätzung, entwickelte er sich zum Entspannungspolitik der 60er- und 70er Jahre: „Ohne Frieden ist alles nichts.“ **Bericht Seite 4**
norbert.pfeifer@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Peter Luther



Peter Luther ist an diesem Wochenende wahrscheinlich der wichtigste Mann in Barnstorf. Denn dort – im Südwesten des Landkreises Diepholz – beginnt an diesem Freitag das Ballonfahrer-Festival, ausgerichtet vom gleichnamigen Verein. Und dessen Vorsitzender ist der 74-jährige Luther, der bis 2011 auch ehrenamtlicher Bürgermeister des Fleckens Barnstorf war. Das Spektakel auf dem Sundering im Zentrum Barnstorfs dauert bis zum Sonntag. Peter Luther und seine Mitstreiter erwarten 30 Piloten und 35 Heißluftballons.

WETTER

Tagsüber 26° Nachts 13° Niederschlag 30%

Heiter bis wolkig
Ausführliches Wetter Seite 6

RUBRIKEN

Familienanzeigen	11	Rätsel & Roman	27
Fernsehen	12	Tipps & Termine	10
Lesermeinung	13	Veranstaltungsanzeigen	19

H 7166 • 28189 BREMEN

